

# Litauen

Tobias Etzold

Die litauische Politik war geprägt von den Parlamentswahlen im Oktober 2012 und der Bildung einer neuen linksgerichteten Regierung. Europapolitisch standen die für 2015 geplante Euro-Einführung und die Übernahme des Vorsitzes im Rat der EU am 1. Juli 2013 im Mittelpunkt. Litauen ist das erste baltische und post-sowjetische Land, das den EU-Ratsvorsitz führt.

## Innenpolitik

Bei den Parlamentswahlen in Litauen im Oktober 2012 ging die linke Opposition als Sieger hervor. Die sozial-demokratische Partei von Ex-Finanz- und Transportminister Algirdas Butkevicius wurde mit 38 der zu vergebenden 140 Sitze stärkste Kraft im litauischen Parlament (*Seimas*). Die bislang regierende konservative Vaterlandsunion des scheidenden Ministerpräsidenten Kubilius erreichte 33, die mit ihr verbündete Liberale Bewegung 10 Sitze. Viele Wähler wollten offenbar den harten Sparkurs von Kubilius nicht mehr unterstützen. Anders als in Estland und Lettland wurde somit eine konservative Regierung aufgrund ihres Konsolidierungskurses abgewählt. Unmittelbar nach dem zweiten Wahlgang verständigten sich die Sozialdemokraten mit der Arbeitspartei (30 Sitze), der rechtspopulistischen Partei *Für Ordnung und Gerechtigkeit* (11 Sitze) und der Partei der polnischen Minderheit (8 Sitze) auf die Bildung einer Regierungskoalition. Diese wurde schließlich im Dezember 2012 vereidigt. Neben der geplanten Euro-Einführung 2015 hat die Koalition ein Anheben des Mindestlohns und eine Neuausrichtung der Beziehungen Litauens zu Russland, Weißrussland und Polen zu Hauptschwerpunkten des Regierungsprogramms gemacht. Die schon vor den Wahlen kontrovers diskutierte Atomenergie, insbesondere der Rückbau des alten Meilers Ignalina und der Neubau eines Reaktors in Visaginas, und das übergeordnete Problem einer sicheren und unabhängigen Energieversorgung bleiben wichtige innenpolitische Themen.

## Wirtschaftliche Entwicklung und Euro-Einführung

Nach dem dramatischen Einbruch der litauischen Wirtschaft um 15% im Zuge der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 hat sich Litauen wirtschaftlich überraschend schnell erholt. Der Konsolidierungskurs der abgewählten konservativen Regierung leistete hierzu einen Beitrag. 2010 setzte wieder ein sanftes Wirtschaftswachstum ein. Im Jahr 2011 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 5,9%, 2012 um 3,7%. Für 2013 wird das reale Wachstum auf 3,1% geschätzt, das BIP wird mit 34,7 Mrd. Euro prognostiziert. Das Haushaltsdefizit, das 2009 noch 9,5% des BIP betrug, konnte 2012 auf 3,2% reduziert werden und wird 2013 vermutlich 2,9% betragen. Die jährliche Staatsneuverschuldung und die Inflationsrate (2012: 3,2%, 2013: 2,1% prognostiziert) sind ebenfalls leicht gesunken. Die Gesamtverschuldung liegt mit 40% des BIP unter der von der EU erlaubten Höchstgrenze von 60%. Auch die 2012 noch sehr hohe Arbeitslosenquote von 13,3% wird sich 2013 etwas reduzieren (Prognose: 11,9%). Allerdings ist der wirtschaftliche Aufschwung in der Bevölkerung bislang kaum angekommen. Trotz des Aufschwungs sind die Löhne und Pensionen dramatisch gesunken. Viele, insbesondere junge Menschen verlassen nach wie vor das Land.

Die litauische Regierung plant die Euro-Einführung für das Jahr 2015. Litauen ist nicht restlos vom Euro überzeugt, erwartet aber trotz der andauernden Eurozonenkrise erhebliche

wirtschaftliche Nachteile sollte es außerhalb der Eurozone verbleiben, etwa in Form von wesentlich weniger Direktinvestitionen. Der Euro soll also helfen, Investoren ins Land zu locken, Unternehmen zu gründen und Arbeitsplätze zu schaffen. Vor einem Beitritt hat Litauen jedoch noch einige Hausaufgaben zu erledigen, denn die Inflationsrate ist nach wie vor höher als erlaubt. Auch die Bevölkerung ist momentan noch nicht von den Vorteilen des Euro überzeugt. Eine knappe Mehrheit (51%) lehnt die Einführung ab, 40% fühlt sich nicht ausreichend informiert. Ministerpräsident Butkevicius ist sich bewusst, dass noch viel Informations- und Überzeugungsarbeit geleistet werden muss – selbst wenn ein Referendum zur Euro-Einführung nicht erforderlich sein wird, da diese, wie bei den anderen 2004 der EU beigetretenen Staaten, bereits im Beitrittsvertrag vertraglich geregelt wurde. Möglicherweise hilft eine erfolgreiche EU-Ratspräsidentschaft dabei.

### **Litauens erste EU-Ratspräsidentschaft**

Am 1. Juli 2013 übernahm Litauen erstmalig den Vorsitz des Rates der EU von Irland. Litauen hat sich die Schaffung eines glaubwürdigen, wachsenden und offenen Europas zum Motto und Ziel seiner Ratspräsidentschaft gesetzt. Dabei stehen die aktuellen Großthemen wie die Verabschiedung des mehrjährigen Finanzrahmens, die Schaffung einer Bankenunion, Reform der Finanzmärkte und Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt. Mit Themen wie der europäischen Energieversorgung und -sicherheit, einer intelligenten Kontrolle der EU-Außengrenzen, der Zusammenarbeit im Ostseeraum sowie den Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten versucht Litauen gleichzeitig auch eigene Akzente zu setzen. Ende November 2013 wird in Vilnius ein Gipfel der Östlichen Partnerschaft stattfinden, auf dem auch das seit einiger Zeit auf Eis liegende Assoziierungs- und Kooperationsabkommen mit der Ukraine unterzeichnet werden soll. Litauen möchte die östlichen ENP-Teilnehmer stärker integrieren und dabei als ehrlicher und ambitionierter Vermittler auftreten. In diesen Themen spiegeln sich sicherlich nationale Interessen Litauens wider, allerdings verbunden mit der Chance, diese stärker in der EU zu verankern. Insbesondere gute und stabile Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten sind ein imminenter Bestandteil der litauischen Außenpolitik.

Für ein kleines und unerfahrenes Land wie Litauen stellt die Ratspräsidentschaft eine enorme Herausforderung und Prüfung dar, schon allein in organisatorischer Hinsicht. Erschwerend für Litauen kommt hinzu, dass viele dringende Themen noch vor Ende der Legislaturperiode von Europäischem Parlament und Kommission 2014 abgearbeitet werden müssen, zumal unter der wenig erfolgreichen zyprischen Präsidentschaft 2012 vieles liegengeblieben war. Das Arbeitspensum ist demnach sogar noch größer als sonst. Dementsprechend waren andere Mitgliedstaaten und Brüssel skeptisch, ob Litauen dieser Aufgabe gewachsen sein wird, zumal das Land kaum Erfahrungen darin hat, schwierige Verhandlungen durchzuführen und gegebenenfalls Lösungen durchzusetzen. Anders als Zypern, das während seiner Präsidentschaft mit seinen eigenen Wirtschaftsproblemen beschäftigt war, hat Litauen jedoch wirtschaftlich und innenpolitisch das Größte hinter sich und kann sich voll und ganz auf seine EU-Arbeit konzentrieren. Außerdem hatte sich die Regierung gründlich auf die Aufgabe vorbereitet und schien gut gerüstet. Man äußerte sogar die Hoffnung, mit dem aus der eigenen Krise gewonnenen Wissen und eigenen Reformenerfahrungen andere europäische Krisenstaaten unterstützen zu können.

### **Weiterführende Literatur**

Ramunas Vilpišauskas: The management of economic interdependencies of a small state: assessing the effectiveness of Lithuania's European policy since joining the EU, Institute of International Affairs, Occasional Paper 2012, [http://ams.hi.is/sites/ams.hi.is/files/lithuania\\_printpdf\\_-\\_final2\\_1.pdf](http://ams.hi.is/sites/ams.hi.is/files/lithuania_printpdf_-_final2_1.pdf).